

Bauarbeiten in Ilisu ohne Genehmigung wieder begonnen

Die Bauarbeiten am umstrittenen Ilisu-Staudamm haben wieder begonnen, ohne dass die dafür erforderliche Genehmigung vorliegt. Die Arbeiten waren eingestellt worden, nachdem Deutschland, Österreich und die Schweiz ihre Exportbürgschaften zunächst auf Eis gelegt und im Juli 2009 dann zurückgezogen hatten. Der Rückzug erfolgte nach massiven Protesten der lokalen Bevölkerung und Kampagnen in der Westtürkei und Europa, da die Türkei die an die Bürgschaften geknüpften Auflagen, die das Projekt in Einklang mit internationalen Standards bringen sollten, nicht erfüllt hatte. Kurz darauf zogen auch die beteiligten Privatbanken ihre Kredite zurück, während das Konsortium – Andritz in Österreich, Züblin in Deutschland und Alstom in der Schweiz – ihren Ausstieg bisher nicht erklärt haben und das Konsortium somit weiterbesteht.

Die Initiative zur Rettung von Hasankeyf entdeckte nun, dass die Bauarbeiten im Oktober 2009 in dem Dorf Ilisu am Tigris wieder begonnen haben. Seit einigen Wochen arbeiten mehrere Dutzend Arbeiter und viele Maschinen jeden Tag, obwohl es keine offizielle Erlaubnis von Seite der Staatlichen Wasserverwaltung (DSI) gibt. Nach Informationen der Hasankeyf-Initiative sandte DSI am 28.10.2009 einen Brief an das Ilisu-Konsortium, um die Bauarbeiten zu stoppen.

„Wir fragen den verantwortlichen Umweltminister, Veysel Eroglu, was dort gerade passiert. Wie kann es sein, dass ohne Erlaubnis gebaut wird?“, fragt Ipek Tasli, die internationale Koordinatorin der Initiative.

Die Dorfbewohner geben an, dass sie aufgefordert wurden, bis Ende November ihre Häuser zu verlassen. Es wurde ihnen angeboten, neue Häuser in der neuen Siedlung zu kaufen. Diese sind jedoch teurer als die Entschädigungen, die sie für ihre jetzigen Häuser bekommen, und es ist unklar, wovon sie nach der Umsiedlung leben sollen. Daher haben die betroffenen Bewohner erklärt, dass sie in die Städte gehen werden. Eine neue Welle von Vertriebenen droht, wenn die Enteignungen jetzt nicht gestoppt werden.

Nach dem Rückzug der drei europäischen Regierungen betonte der Umweltminister Veysel Eroglu mehrfach, dass andere Finanziere für das Ilisu-Projekt gesucht würden, anstatt die Weiterführung des Projektes neu zu überdenken. „Es kamen keine überzeugenden Argumente von der Regierung, wie die die Fortführung des Ilisu-Projekts zur weiteren Entwicklung unserer Region beitragen soll. Wir würden gerne wissen, warum die Arbeiten am Ilisu-Staudamm wieder aufgenommen wurden. Gibt es eine Verbindung zu dem Besuch des türkischen Finanzministers Mehmet Simsek in China Mitte September 2009?“, fragt der europäische Sprecher der Initiative Ercan Ayboga. „Mehmet Simsek sagte damals, dass dort auch das Ilisu-Projekt diskutiert wurde.“

„Warum hält die türkische Regierung so sehr an dem Projekt fest, obwohl von Seiten vieler verschiedener Organisationen und Experten in den letzten Jahren gezeigt wurde, wie begrenzt der Nutzen für die Energiegewinnung und die regionale Entwicklung ist? Warum will die Regierung Tausende Menschen vertreiben und eine 12.000 Jahre alte Kultur und ein so wertvolles Ökosystem zerstören?“, fragt Tasli. „Das entspricht nicht der ‚demokratischen Initiative‘, die von der Regierung in den letzten Wochen und Monaten propagiert wurde, um die Situation von Kurden zu verbessern. Das Projekt steht in eklatantem Widerspruch zu dieser Initiative.“

„Wir fordern die Regierung auf, ihre Suche nach einer neuen Finanzierung für das Ilisu-Projekt zu stoppen. Die Regierung muss das Ilisu-Projekt beenden, bevor es zu spät ist. Ansonsten werden unsere Kampagne und unsere Diskussionen in noch größerem Umfang weitergehen“, stellt Ayboga fest.